

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 28. Oktober 1931 Nummer 181

Streikfront gegen Lohnabbaufront!

Generalschlag gegen Löhne!

9 Prozent neuer Lohnabbau bei den Gemeindearbeitern / 37 Millionen Mark Lohnraub bei den Eisenbahnern geplant
3 Millionen Arbeiter und Angestellte im Kampf / Macht die Betriebe streikfertig / Wählt überall Kampfausschüsse!

Berlin, 28. Oktober. (Sig. Ber.)

Die Reichsverbände kommunaler Arbeitgeber, welche die Tarife für circa 370 000 Gemeindearbeiter gefündigt haben, fordern einen Lohnabbau von 9 Prozent und beschränken sich hierbei auf die Notverordnungen, welche die Brüning-Regierung unter Mitwirkung der SPD erlassen hat.

Berlin, 28. Oktober. (Sig. Ber.)

Die neue Lohnabbauoffensive der Unternehmer hat auf der ganzen Linie eingeeht, für rund drei Millionen Arbeiter und Angestellte sind in den letzten Wochen die Tarife gefündigt worden. An der Spitze dieser Lohnoffensive steht die Brüning-Regierung, die der Privatindustrie das Beispiel für den Lohnabbau gibt. Für den Bereich der Reichsbahn Reichsbahn-Gesellschaft (etwa 370 000 Arbeiter), der deutschen Reichspost etwa 100 000 Arbeiter, sollen die Löhne um 4,5 Prozent gesenkt werden. Die Reichsbahn-Gesellschaft, die bereits zweimal in diesem Jahre die Löhne gesenkt hat, will auf Grund der Ermächtigungen durch die Notverordnung die Löhne abermals um 4,5 Prozent abbauen und 37 Millionen dadurch einsparen.

Berwirrungs-Schiedsbruch

Berlin, 28. Oktober. (Sig. Ber.)

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn sind gestern verfrüht zu Ende geführt worden. Der Schlichter erklärte, der Tarif solle vorläufig seine Geltung behalten, bis man mit den Gemeindearbeitern ein Lohnabkommen getroffen hat. Die Reichsbahn erklärte sich mit diesem Zwischenschiedsbruch nicht einverstanden.

Die Taktik des Schlichters läuft darauf hinaus, den geplanten Lohnabbau bei der Reichsbahn so lange zu verzögern, bis es gelungen ist, mit Hilfe der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie die Lohnkämpfe bei den Gemeindearbeitern der Reichspost abzuwürgen, um eine Kampffront durch den Lohnraub betroffenen Arbeiter und Angestellten zu verhindern. Bei dieser Taktik arbeiten Gewerkschaftsbürokratie und Schlichtungsinstanzen mit verleitenden Rollen. Das zeigte sich ganz klar bei der Verjämmerung der Eisenbahner in Dresden, bei der der Bezirksleiter Deiters infam gegen die KPD heulte, aber keinerlei Kampfmaßnahmen zur Vorbereitung des Streikes vorschlug, sondern sich mit dem Lohnraub im Prinzip einverstanden erklärte.

Kampfausschüsse in 63 Betrieben

Berlin, 28. Oktober. (Sig. Ber.)

Im Zeichen des Widerstandes der Berliner Metallarbeiter gegen die diktatorischen Lohnabbaupläne der Unternehmer sind bisher in 63 Betrieben der Berliner Metallindustrie vorbereitete Kampfausschüsse unter Führung der KPD gewählt worden. Die Metallarbeiter machen sich noch in dieser Woche streikfertig. Der zentrale Kampfausschuss der Gemeindearbeiter ruft gleichfalls zum Streik. Die Post- und Telegraphenarbeiter greifen zur Waffe des Streiks.

Textilverhandlungen in Sachsen verfrüht

Chemnitz, 27. Oktober.

Die Verhandlungen im Lohnstreit der sächsischen Textilindustrie haben am Dienstag in Leipzig vor dem Schlichter von 10 Uhr vormittags bis 18 Uhr mittags verlaufen. Sie sind ergebnislos verlaufen, da eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte. Der Schlichter hat nunmehr die Schlichterkammer zur weiteren Erledigung der Angelegenheit für Donnerstag, den 5. November d. J., vormittags, einberufen.

Auch hier dieselbe Taktik des Dreibundes Unternehmer, Schlichter und Gewerkschaftsbürokratie zur Schwächung des Kampfwillens und Verhinderung einer gemeinsamen Kampffront aller Arbeiter gegen die Lohnräuber.

Der Plan der Unternehmer, im Bunde mit Schlichter und Gewerkschaftsbürokratie einen gemeinsamen Kampf aller vom Lohnabbau betroffenen Arbeiter und Angestellten zu verhindern, muß vereitelt werden. Die Textilarbeiter Ost Sachsens müssen gemeinsam mit den Kollegen in Westsachsen Kampfausschüsse in den Betriebsversammlungen wählen und die Betriebe streikfertig machen. Die Berliner Metall-

arbeiter zeigen allen Arbeitern und Angestellten den Weg im Kampf gegen Lohn- und Gehaltsabbau.

Metallarbeiter, Textilarbeiter, Gemeindearbeiter, Reichsarbeiter, Eisenbahner, Bauarbeiter in geschlossener Kampffront von drei Millionen zum Streik bereit, das muß die Antwort auf den Generalangriff der Brüning-Regierung und der Unternehmer sein.

Ueber die Teilkämpfe, über das Bündnis der Metallarbeiter, Postarbeiter, Reichsbahnarbeiter und Gemeindearbeiter im Kampfe kann die Massenbewegung dann zu höheren Formen des Streiks gesteigert werden. Wenn die deutsche Arbeiterkraft jetzt die Wege erkennen will, die vereinte Kraft ihrer roten Millionen-Einheitsfront gegen die verräterischen Arbeitsgewerkschaftspolitik der Lohnräuber einzuschlagen, — dann muß sie die ersten Schritte sofort tun: Streikauflösung gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

In jeder Gewerkschaft muß durch aktive Oppositionsarbeit vor jedem sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter die Notwendigkeit des Kampfes gegen die verräterische arbeitsgewerkschaftliche Zusammenarbeit der KPD-Führer mit der Brüning-Diktatur und den faschistischen Unternehmern gezeigt werden.

Jeder gemeinsame Kampf schlägt nicht nur die Diktaturpläne des Finanzkapitals, sondern schmettert die Arbeiterfront gegen die faschistische Werdpeft. Von der Entfaltung der einheitlichen proletarischen Streikfront hängt es auch ab, jedes Eindringen des Faschismus in die Betriebe zu verhindern und die Rastführer als die Knechte der Schwerindustrie im Kampfe zu entlarven.

Wenn die proletarische Einheitsfront im Kampf als die einheitliche proletarische Streikfront geschaffen wird, dann werden alle faschistischen Lohnabbaupläne am grünen Tisch nichts als ein leudes Regen Papier bleiben!

Lohnabbau-Geheimtammer!

Was der Wirtschaftsbeirat durchführen soll / Lohnabbau ohne Preisabbau!

Am 29. Oktober wird der Wirtschaftsbeirat zusammentreten, in dem sozialdemokratische Gewerkschaftsführer mit Unternehmervertretern aus dem Hugenberg-Lager gemeinsam zusammentreffen. Ueber den Zweck des Wirtschaftsbeirates verbreitet die „Telegraphen-Union“ eine die Auffassung von Regierungskreisen wiedergebende Darstellung, in der es heißt:

„In Kreisen der Regierung ist man der Ansicht, daß man nunmehr vor der sehr einfachen Alternative stehe, ob Deutschland als das größte Ausfuhrland Europas dem Beispiel von 25 Ländern folgen soll, deren Währung ins Ausland gekommen ist, oder, wenn nicht, welche Wege gegangen werden müssen, und zwar in sehr kurzer Zeit, um den gesamten deutschen Preisstand herabzubringen und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten ... Die Frage der Tarifverträge würde im Zuge mit einem wirklichen Preisabbau auf allen Gebieten verhältnismäßig leicht zu lösen sein. Dasselbe würde für die Probleme der Sozialversicherung zutreffen.“

Damit ist klar gesagt, daß der Wirtschaftsbeirat einen neuen Abbau der Löhne und der sozialen Unterhaltungen beschließen soll, die Durchführung wird dann gemeinsam von den Führern der Gewerkschaften, den Unternehmern und dem Staatsapparat unternommen.

Unter Berufung darauf, daß die deutsche Industrie wettbewerbsfähig gehalten werden müsse und bei Wiederholung des Preisabbauversprechens soll der neue Lohn- und Unterhaltungsabbau durchgeführt werden.

Wiederholt ist der Abbau der Preise versprochen worden, es ist aber keine Senkung des Preisniveaus eingetreten. Ne-

mand glaubt mehr an den Preisabbau, zumal die Zollverhöhungspolitik in der letzten Zeit rückwärts fortgesetzt wurde.

Die Brüningregierung geht bei der Lohnabbauoffensive voran. Für die Reichsbahnarbeiter, für die Postarbeiter, sowie für die Gemeindearbeiter wird von der Brüningregierung ein neuer einschneidender Lohnabbau gefordert. Für die Arbeiter in den öffentlichen Betrieben wäre das schon der dritte Lohnabbau im Jahre 1931. Daß die SPD-Führer die Politik der Brüningregierung mit allen Kräften unterstützen, weiß heute jeder Arbeiter. Die Gewerkschaftsbürokratie wird alles tun, um die Hoffnungen, die die Unternehmer auf den Wirtschaftsbeirat setzen, zu erfüllen.

Kein Arbeiter kann zu den Gewerkschaftsführern, die mit den Unternehmern in einer Arbeitsgemeinschaft zusammenhängen, noch einen Funken Vertrauen haben. Unter Führung der KPD und der roten Verbände, zusammengelassen in einer geschlossenen Front zur Abwehr der Lohnabbauoffensive, müssen die Arbeitermassen die Unternehmerpläne zum Scheitern bringen.

Jede Arbeitergruppe muß darauf gefaßt sein, in der nächsten Zeit überfallartig mit neuen Lohnabbauforderungen der Unternehmer angegriffen zu werden, wobei es keine Rolle spielt, ob die Tarifverträge noch für längere Zeit Geltungsdauer haben. Jede Arbeiterschicht muß sich fertig machen, um die neue Lohnabbauwelle abzuwehren. Darum Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen in allen Betrieben, Herbeiführung der roten Einheitsfront gegen die Lohnabbauarbeiterschaft und Annahme des Kampfes gegen jeden Lohn- und Unterhaltungsabbau!

Volksfeinde schreien:

„Kommunistische Terrorgruppen!“

Heggemeinschaft von den „Nachrichten“ bis zur „Volkszeitung“ / Unsere Antwort: Massentwerbung am 31. Oktober und 1. November!

Dresden, 28. Oktober

Der völlige Zusammenbruch der Dresdner Volkzeitschrift vom 17. August, auf die die Feinde der Kommunistischen Partei große Hoffnungen zur Steigerung ihrer Hehe gesetzt hatten, hat die Dresdner Reaktion in arge Verlegenheit gebracht. Wer erinnert sich nicht an die sensationellen Mitteilungen des Volkszeitungspräsidenten, die nicht nur in der Dresdner und sächsischen Presse, sondern auch im Reich und im Ausland verbreitet wurden? Damals hat man so, als sei man geheimnisvollen kommunistischen „Terrorplänen“ in Dresden auf die Spur gekommen. Mitternachts haben die wichtigsten „Häute“ sich als fantastische Spitzelkonstruktionen erwiesen und nun greift man wieder zu der alten primitiven

Methode der Verleumdung der politischen Massenarbeit der Kommunistischen Partei, indem man versucht, die Massenarbeit als romantische Verdwörertätigkeit seiner terroristischer Zirkel hinzustellen. Dabei kann man wiederum eine heutzutage Einheitsfront von den Hugenbergischen „Dresdner Nachrichten“ bis zum Ostler Edelischen Organ, der „Dresdner Volkszeitung“, feststellen. Die vom Kapital abhängige Presse überbietet sich in der Verbreitung von Hehmelungen gegen die KPD und ihre Funktionäre und schreit weder vor der politischen u. persönlichen Verleumdung zurück, um die Massen von der Katastrophopolitik der deutschen Bourgeoisie und von der Verhärterung des faschistischen Kurles abzulenken, und das wach-